

vertreten.
Das Amt
der Seine
ichslanzen
die vom
trauen des
gegenüber
erpräfent
t für sein

gleichlicher
das Ver-
worden.
n. mache
ffern ab.
der aufzu-
st gekauft
der Kanzl.
Annahme
geschlossen.
dem Ge-
Bößlich.
er, daran-
durch
e einer der
ne Helfer
utten die

Großherzog
abwieg vor
Die En-
Beise auf
formular
er von der
so seinen
zu Tagen
in dem
chabende
Matrosen
Flugzeug-
die beiden
Matrosen

tenfeins
z Tagends

b 8 Uhr
ibelstunde.

sig,
pen,
ucker
e,
Grafe.

erstag 2:
sch

niger,
g 12.

im Be-
sagst.
d durch
t. E.

welche
nd im
beschäf-
tigt ein
anun-
ich an
d um
wid-

n des
berger

0
n gut-
zu-
e.

Lichtensteiner-Gallnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Nödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Nicolaus, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermühlen, Luhnschnappel und Lirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 19.

Hauptinsertionsorgan
im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang

Freitag, den 24. Januar.

Verbreitetste Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags, nachmittags für den folgenden Tag. — Biertischlicher Bezugspreis 2 Mr. 70 Pf., durch die Post bezogen: Mr. 12 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pf. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelmstraße 6b, alle Postanstalten Postbüro, sowie die Ausländer einigen. — Interessenten werden die fünfseitige Grundseite mit 20, für auswärtige Besitzer mit 25 Pf. berechnet. — Reklameseite 50 Pf. — Fernpreis-Anschluß Nr. 7. — Im amtlichen Teile kostet die zweiseitige Seite 60 Pf., für Auswärtige 75 Pf. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Das im Grundbuche für Gallnberg, Blatt 148, früher auf den Namen des Gutsbesitzers Arno Nölker in Gallnberg eingetragen, jetzt herrenlose Grundstück soll am 24. März 1919, vormittags 9 Uhr — an der Gerichtsstelle — im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Planbuche 6,7 Mr. groß und aus 48 930 Mr. gefügt. Es ist ein an der Ecke des Marktes und der Paul-Sterboldstraße gelegene Gathof, besteht aus Wohn- und Schafgebäude, Schlauchturm und Schuppengebäude, sowie Hofraum, trägt die Objektnummer 149, die Flurstücksnr. 166 und ist zur Brandstufe mit 40090 Mr. eingestuft. Das Inventar ist auf 2757 Mr. 90 Pf. geschätzt.

Die Einfach der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 7. Dezember 1918 verlaubten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht erfährliech waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigfalls die Rechte bei der Feststellung des gerügtigen Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungsverlösses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigfalls für das Recht der Versteigerungsverlöss an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Lichtenstein, den 18. Januar 1919.

Das Amtsgericht.

Lichtenstein.

Bräunen, S.-R.-R. A, 100 Gramm 10 Pf., Abschnitt W 1.
Zuckerhonig, S.-R.-R. B, Abschnitt 23, 1/2 Pfund 40 Pf.
Wauerkraut, 1/2 Pf. 17 Pf. bei allen Händlern.
Gute Geißfleisch, S.-R.-R. B. Abschr. 24, 1/2 Pf. Robstan für 60 Pf. über 1/2 Pf. Schellfisch für 70 Pf., Nr. 708—1019 bei Kübler, Nr. 1020 bis 1351 bei Kübler.
Butter, Abschr. Del für Januar, Nr. 1—959 bei Dietrich, Nr. 960—1591 bei Koch, Nr. 1592—Ende bei Wagner, 50 gr 54 Pf.

Kartoffeln, auf Bandkartoffellorte Abschr. B. Nr. 1200—1500, 1 Sir. 10 Mr. Auf je 1 Sir. Kartoffeln muß eine entsprechende Menge Möhren entnommen werden. Bezahlung findet nur von 9 bis 12 Uhr im Lebensmittelamt statt.

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums

für heute Donnerstag, den 23. Januar 1919, abends sieben (7) Uhr im Saale der „Goldenen Sonne.“

Lichtenstein, den 22. Januar 1919.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

Tagessordnung:

- Mitentschließung wegen Nachverfügung von Mitteln für die Anlegung von Schrebergärten und Genehmigung der abzuschließenden Pachtverträge.
- Annahme von dem Verkauf einer stadtseitigen Villach.
- Erhöhung des Salpreises wegen Steigerung der Kohlenpreise.
- Annahme von der Auflösung der Kriegskreditbank.
- Mitentschließung wegen Änderung der Dienstanweisung für den Schulrat.
- Mitentschließung wegen Neufestsetzung der Pflichtstundenzahl für die Volksschule zu folge eines Beschlusses des Schulausschusses.
- Gewährung von Entschädigungen an die Lehrer für den Besuch von auswärtigen Lehrerkonferenzen.
- Vortrag der Verordnung des Kultusministeriums über den Wegfall des Schulgeldes und über die Einführung der allgemeinen Volksschule.
- Umfrage.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Anschlüsse an das öffentliche Fernsprechnetz, die im kommenden Frühjahr oder Sommer hergestellt werden sollen, sind spätestens bis zum 15. Februar bei dem zuständigen Postamt anzumelden.

Chemnitz, den 20. Januar 1919. Ober-Postdirektion.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Zwischen Berlin und Braunschweig (bekanntlich Hauptstadt der Unabhängigen) wird gegenwärtig eine sehr gezielte Sprache geführt, die den Ausbruch eines Gewitters erwarten läßt.

* Gegen den Entwurf einer neuen Reichsverfassung, der am Dienstag von uns veröffentlicht wurde, sind von preußischer Seite erhebliche Bedenken erhoben worden.

* Gegen den früheren Führer der Volksmarinedivision, den geflüchteten ehemaligen Oberleutnant Döbenberg, ist jetzt ein Haftbefehl erlassen worden.

* Die englische Regierung teilt mit, daß sie am 1. Januar 1920 feindliche Zivilinternierte nach ihren Ländern abgeholt habe. Am 11. Januar seien 1600 Deutsche von Holland abgegangen, am 16. und 17. Januar weitere 980.

* Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von maßgebender Seite erfährt, ist die Konzentration, daß die Goldreserven in der Reichsbank, deren Entfernung von der Entente verlangt werde, aus Verhältnis weggeschafft worden seien, im ganzen Umfang unrichtig.

* Die Wirkung der Blockade während des Krieges auf die Sterblichkeit in Deutschland, namentlich vom Herbst 1916 bis Ende 1918, werden auf 500 000 Todesfälle festgestellt. Alle erbetenen Milderungen sind von den Feinden glatt abgelehnt worden.

* Man nimmt an, daß die Friedenskonferenz, an der Deutschland teilnehmen soll, nicht vor dem Monat Juni stattfinden dürfte.

* Die Berliner Elektrizitätsarbeiter streiken, der Straßenbahnbetrieb ist eingestellt, öffentliche und private Beleuchtung fehlt. Einigungsverhandlungen sind im Gange. Viele hundert Betriebe müssen die Arbeit einstellen.

* Gegen Weimar als Tagungsort der Nationalversammlung erheben sich starke Bedenken, vor allem

wegen der damit verbundenen technischen Schwierigkeiten.

* Der Streik in den oberösterreichischen und rheinischen Gruben ist noch immer nicht beendet.

* Die englische Regierung hat beschlossen, das Verfahren gegen Kaiser Wilhelm einzuleiten.

* Aus den letzten Kundgebungen der englischen und französischen Regierung schließt man in Deutsch-Oesterreich, daß die letzte Befreiung deutschen Gebietes keinesfalls für die Friedenskonferenz wahrgenommen wird, sondern, daß das Selbstbestimmungsrecht bestehen soll.

* Falls bis zum 29. Januar Ungarn den deutschen Bezirken Westungarn keine befriedigende Autonomie gewährt, will das Land selbstständig handeln.

* Es verlautet, daß ein Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und Italien Aussicht auf Erfolgsvorstellung habe, wenn Italien seine Ansprüche auf die deutschen Gebiete Tirols zurückzuschrauben.

* Die Schließung der Pariser Befestigungen ist beschlossen worden.

Die Neuordnung der Kommandogewalt.

Ein Erlass des Kriegsministers an die Offiziere, die Unterküsse und alle ihnen gleichgestellten Angehörigen des Heeres wird in einem neuen Armee-Verordnungsblatt veröffentlicht. Die neue Verordnung bringt eine vorläufige Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Frieden. Das wesentlichste ist, daß der Rat der Volksbeauftragten dem preußischen Kriegsminister die Ausübung der Kommandogewalt überträgt. Dieser ist dem Rat der Volksbeauftragten für die Art der Kommandoführung verantwortlich. Bei allen höheren Verbänden, Truppen und sonstigen Formationen über die Führer die Befehlsgewalt aus und sind für ihre

Tätigkeit ihren Vorgesetzten und der Reichsregierung verantwortlich. An dem System der Soldatenräte ist festgehalten worden, jedoch fällt ihre Mitwirkung bei rein militärischen Befehlen, die sich auf Truppenführung, Beweinung und Ausbildung beziehen, weg. kleinere Einheiten, wie Kompanien und nichtstellmäßige Bataillone haben lediglich Befehlsmannen.

Des weiteren beschäftigt sich der Erlass mit der Zusammenziehung von Korps- und Garde-Soldatenräten und mit der Stellenbesetzung. Diese selbst im Sache des Kriegsministeriums. Die Soldatenräte melden der nächsthöheren Dienststelle wärtens nach vier Wochen, ob der Führer das Vertrauen der Angehörigen der Formation besitzt. Ist dies nicht der Fall, so sind die Gründe einzugeben. Die Soldatenräte sind nicht bestellt, Führer selbst abzusezieren oder auszuweichen, sie können aber die Absetzung beantragen. Die Entscheidung trifft der nächsthöhere Führer, leisten Endes die Regierung. Gegen die Entscheidung steht dem Soldatenrat und dem Petrossen die Berufung zu.

Unteroffiziere und Mannschaften können als Zugführer in Offiziersstellen gewählt werden. Sie müssen der eigenen Einheit und dem eigenen Truppenteil angehören, sowie im Felde die gleichartige oder nächst niedrige Einheit mindestens 6 Monate lang einwandfrei geführt haben und bedürfen der Bestätigung durch das Kriegsministerium.

Zudem Heeresangehörigen steht der Weg zur Anzeige oder Beschwerde an seinen Soldatenrat offen. Dieser Weg darf durch keinen Reicht verschoben werden. Besonders sind neue vorläufige Bestimmungen über Bekleidung und Ausrüstung im Friedenshause gegeben worden, welche den Weißfall aller Schlafzähne und Trachten sowie späterhin auch der Schulterklappen vorsehen. Dafür sind befehlsmäßige

Die Abzeichen der Dienstgrade für Offiziere, Beamte und Unteroffiziere am linken Ärmel eingeschürt, und zwar bestehen sie aus dunkelblauen Tuchstreifen, auf welchen Offiziere und Beamte die alten Nummern der Schulstücke tragen.

Außer Dienst wird keine Waffe getragen. im Dienst wie auf dem Wege zum Dienst ist die Seitwaffe zu tragen. Diese ist gleichmäßig für alle das kurze Infanteriefeuerwaffe, übergeschosslich am Koppel. Wer über 25 Jahre aktiv gedient hat, darf seine alte Waffe als Ehrenwaffe weitertragen. Ebenso dürfen in und außer Dienst die im Kriege erworbenen Abzeichen und Orden sowie Rettungsmedaillen und Dienstleistungen getragen werden. Nach englischem Muster darf außer Dienst mit Ausnützung der Vorgesetzten bürgerliche Kleidung getragen werden. Mit der roten Kofarde oder dem Achsen jeglicher Kofarde ist dadurch anzusehen worden, daß alle Militärveteranen die Kofarde in Landesfarben am Besatzungstreifen der Mütze zu tragen haben. Endlich ist auch der Versuch gemacht worden, durch vorläufige Bestimmungen über den militärischen Grus der gänzlichen Nichtbeachtung der Uniformträger untereinander zu steuern. Es soll keinen einseitigen Gruszwang mehr geben, sondern die Pflicht für Untergaben und Vorgesetzte sich gegenseitig zu gründen, wobei der jüngere und im Dienstgrad niedere dem Älteren zuvor kommen muss. Im Wirkungsbereich größerer Städte in belebten östlichen Hauptstädten und innerhalb aller Menschenansammlungen soll die Gruspflicht ruhen. Der Grus wird nur noch durch Auflegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung erwiesen.

* * *

Die neuen Verordnungen stellen an die Entlassungsfähigkeit unseres Offizierkorps sehr weitgehende Anforderungen. Wir wissen nicht, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen der bisher niemals erfolglos gebliebene Appell an das „bewährte Pflichtgefühl der Offiziere“ noch zum Ziele führen kann. Die neuen Erfahrungen haben gezeigt, daß so, wie die sozialistische Regierung es sich gedacht hat, nur militärische Desorganisation und nicht Organisation möglich ist. Was in ersten Reihe not tut, wenn wir wieder zu einer brauchbaren Armee gelangen wollen, ist ein anderer Geist unter den Mannschaften. Auf ihn müßte vor allen Dingen und mit allen geeigneten Mitteln eingewirkt werden, wenn den Offizieren nicht ihr Beruf dauernd verleiht werden soll. Mit bloßen Witten und Ermahnungen wird der gegenwärtige Herr Kriegsminister ebenso wenig erreichen, wie seine bürgerlichen Kollegen in der Reichsleitung auf andern Gebieten mit ihnen auch nur das geringste erreicht haben.

Die furchtbare Wirkung der völkerrechtswidrigen Blockade.

Berlin, 22. Januar. Die Wirkung der Blockade während des Krieges auf die Sterblichkeit in Deutschland, namentlich vom Herbst 1916 bis Ende 1918, ist inzwischen genau festgestellt worden. Die Zahlen sind weit höher, als bisher angenommen wurde. Es hat sich die erschreckende Tatsache ergeben, daß mehr als 500.000 Todesfälle lediglich auf die Ernährungsschwierigkeiten zurückzuführen sind. Es handelt sich besonders um schwache Frauen und alte Personen und Kinder, ferner um Personen, die nach ihrem Zustand die mangelhafte Ernährung besonders schlecht verkörpern. Nur Angehörige der Zivilbevölkerung sind gezählt worden. Die Untersuchung

geht von den jährlichen Sterbeziffern der weiblichen Bevölkerung vor dem Kriege und während des Krieges aus. Alle auf Epidemien, wie die Ruhr und Grippe, sowie auf andere besondere Ursachen zurückzuführende Fälle werden in Abzug gebracht. Die indirekten Folgen der mangelhaften Ernährung, die sich u. a. in der erhöhten Sterblichkeit der nächsten Jahre deutlich zeigen werden, lassen sich nicht in Ziffern fassen.

Berlin, 21. Januar. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die von anderer Seite verbreitete Nachricht über Auflösung der Blockade unzutreffend. Es sind im Gegenteil alle erbetenen Milderungen glatt abgelehnt worden. So dürfen u. a. an Kohleslieferungen für Dänemark keine Bedingungen geknüpft werden, die Dampfer müssen sogar leer zurückkehren. Selbst die Bitte der deutschen Regierung um Freigabe des Seeweges, um Lebensmittel von Preußen nach Mitteldeutschland zu befördern, wurde von der Entente abschlägig bezeichnet.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 23. Januar.

Zur Beachtung! Wir werden geben, im Interesse der Ladeninhaber und Käufer folgende Zeilen zu veröffentlichen: „In diesen Tagen sind, besonders in den Bäckereien und einschlägigen Läden, abermals eine Prüfung der Brotmarken statt, und zwar handelt es sich besonders darum, ob auf die erst Freitag fälligen Brotbezugsmarken. P schon vorher Brot an die Konsumanten verausgabt worden ist. So wie, wie es einem als Ladeninhaber tut, das Publikum, welches Brot „auf Vorbehalt“ haben will, abzuweisen, so kann andererseits nicht genug ermahnt werden, daß die Käuter und Bäckereien die Vorschriften der maßgebenden Stellen streng beachten. Denn nur dadurch schützt man sich vor Bestrafung.“

Die Ermittlung und Bekündigung des Ergebnisses der Wahl für die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung im 30. Kreis findet am Sonnabend, den 25. Januar 1919, vormittags 9 Uhr im Vorraum zum Stadtverordnetensaal im neuen Rathaus, in Chemnitz, statt.

Erwerbslosenfürsorge. Die Gemeinden sind berechtigt, die Gewährung der Erwerbslosenfürsorge von einer Wartezeit von höchstens einer Woche abhängig zu machen. Wer also zwei Wochen erwerbslos ist, muß, wenn die sonstigen Voranschlägen vorliegen, mindestens für eine Woche die Unterstützung erhalten. Für Kriegsteilnehmer darf eine Wartezeit nicht festgesetzt werden. Sie haben die Unterstützung also ohne Wartezeit von Beginn der Erwerbslosigkeit an zu erhalten.

Arbeitsstillstand in Sachsen. In einem Aufsatz der „D. A. 3.“ wird die Not in Sachsen, wie folgt, treffend geschildert: „Die wirtschaftliche Not in Sachsen ist groß, und wenn in den deutschen Kohlenrevieren nicht schlimmste die Einsicht liegt und die Arbeit im größtmöglichen Umfang aufgenommen und weitergeführt wird, steht, wie gesagt, ganz Sachsen vor der dringenden Gefahr völkerlichen Arbeitsstillstandes. Es muß aber im Augen erhalten werden, daß sich hier nur alle Schwierigkeiten, die das gesamte deutsche Wirtschaftsleben bedrohen und betreffen, in besonders verstärktem Maße gestend machen, und daß Sachsen in dieser Beziehung der

empfindlichste Wirtschaftsbarometer Deutschlands ist. Sachens Sorgen von heute sind Berlins Sorgen von morgen und übermorgen die Rüte der deutschen Volkswirtschaft auch in anderen Landesteilen.“

(M. 3.) Wohlfahrtspflege. Das Reichsamt hat bekanntgegeben, daß die Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über die Regelungen der Wohlfahrtspflege während des Krieges nicht in Kraft getreten ist. Das gilt auch für die vom Ministerium des Innern zu dieser Verordnung erlassenen Ausführungsverordnung vom 26. Februar 1917.

Güterwagenbau. Die Sächsische Staatsseebahnverwaltung wird zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit demnächst 3000 Güterwagen in der Weise in Auftrag geben, daß sich die Einzelbetriebe um die Herstellung der für sie in Frage kommenden Einzelstücke bewerben können. Spätestens im Laufe der am 26. d. Monat beginnenden Woche werden die in Frage kommenden Stücke nebst Zeichnungen in den Waggonfabriken in Bautzen, Böhlen und Zwönitz, sowie im Zentralbüro der Waggonfabriken in Dresden besichtigt und die näheren Unterlagen eingesehen werden können. Letztere liegen überdies in den Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Engelsdorf und Chemnitz vom gleichen Zeitpunkte an aus. Damit die sich um die geplanten Arbeiten bewerben wollen, wird vom Staatskommissar für Demobilisierung empfohlen, bei den genannten Stellen nähere Auskunft persönlich einzuholen.

Mitten St. Jacob (Beschiedenes.) Trotz des Kohlemangels mußte in der hiesigen Volksschule wegen völkerlichen Kohlemangels der plannmäßige Unterricht am 20. Januar geschlossen werden. Auch die Gasanstalt muß wegen des Mangels an Kohlen keine den Betrieb einstellen.

Aue. (Gestohlen) wurde aus einem Grundstück der Reichstraße von der Leine zwei Herren- und Dienstmädchen, sowie Tisch-, Tafel- und Handtücher im Werte von über 900 Mark.

Dresden. (Raubmord.) Am Montagmittag ist in einem Steinbergöhl, 100 Meter abseits der Straße von Döhlitz nach Oberpostelwitz, ein unbekannter Mann tot aufgefunden worden. Es waren ihm die sämtlichen Oberkleider abgenommen. Anscheinend handelt es sich um einen Raubmord. Der Unbekannte scheint erbrochen worden zu sein. Auf dem Toten hatte er eine blutunterlaufenen Stelle. — Zur Tatzeit ist inzwischen der 1819 in Priestewitz geborene Camillo Richard Schob ermordet worden.

Hohenstein E. (Aus der Ladenkasse) des Konsumvereins, Breite Straße, sind über 200 Mark entwendet worden, als Dieb kommt eine jugendliche Person in Frage. — (Von der Transaktion) in der Web- und Wirtschaftsverwaltung würden die Lebendreibrieme gebracht; eine Spur von den Tätern fehlt. — (Gefälschte Zinscheine.) Seit etwa 8 Tagen befinden sich gefälschte Zinscheine der 6. Kriegsenleihe von 1917 im Umlauf und zwar schon in verschiedenen Städten. Die Scheine tragen das Fälligkeitsdatum 2. 1. 1919 und laufen auf je 125 Mark. Die Zinscheine stellen eine äußerst gelungene Fälschung dar und sind von den echten Scheinen kaum zu unterscheiden.

Leipzig. (Raubfall im Bureau.) Am Montagabend in der 7. Stunde sind zwei etwa 20jährige Soldaten in das Kontor der Kohlenfirma Reimann in der Tauchaer Straße in Leipzig eingedrungen und haben von dem Geschäftsführer eine mehrere Hundert Mark betragende Summe erpreist. Bevor sie sich entfernen haben sie dann den Geschäftsführer durch einen Revolverblitz niedergeschossen und schwer verletzt. Die Räuber sind unerkannt entkommen.

Und die Fürstin wußte all seine Bedenken zu besiegen. Der Major sah ein, daß sich hier tatsächlich für seine Tochter eine nie wiederkehrende Gelegenheit bot, ein Stück Welt zu sehen und einige sorglose Jahre zu genießen. Es schmerzte ihn freilich, daß er seine Tochter von sich gehen lassen müsse, aber er war kein egoistischer Vater. Und da er seine Lottemarie genau kannte und ihr amerte, daß sie das Anerbieten der Fürstin reiste, so gab er nach einem kurzen Kampf mit seinen eigenen Wünschen seine Zustimmung.

Lottemarie war von diesem Bajaz nur auf zwei Tage in die väterliche Wohnung zurückgekehrt, um ihre Sachen zu packen, nach Kräften im vorraus für das Wohlschaffen ihres geliebten und verehrten Vaters zu sorgen und der alten Diennerin Christine einzuschären, sich so recht angelegerlich um das Wohlbefinden des Herrn Majors zu kümmern. Dann war sie zunächst in die Villa der Fürstin Ranzow übergezogen. So konnte sie noch einige Male mit ihrem Vater auf ein Stündchen zusammenkommen, ehe sie ihre erste Reise mit der Fürstin antrat.

Rum lebte Lottemarie von Dornack bereits länger als ein Jahr in der Umgebung der Fürstin. Abgesehen von einigen bizarren Launen ihrer Herrin, mit denen diese zuweilen ihre Umgebung in Atem hielt, hatte die junge Dame nichts Schlimmes anzustehen. Sie hatte ein gutes, sorgloses Leben, war mit der Fürstin auf den Gütern oder in den Modehäusern aller Länder gewesen und war nun mit ihr nach Ägypten gereist. Altholz trieb es die alte Durchlaucht von Ort zu Ort, trotzdem sie siebzig Jahre zählen möchte. Jämmer war sie auf der Suche nach Unterhaltung und Begeisterung, und, gleich einer jungen Frau, haschte

Wenn zweit sich lieben.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.
Amerikanisches Copyright by Ullstein & Co.

Nachdruck verboten.

Diese Trennung hatte auch Lottemarie zwangsläufig verschafft, und so hatte sie den Gedanken immer wieder fallen lassen.

Aber nun, da ihr durch die Fürstin ein so günstiges Anerbieten gemacht wurde, regte sich der Wunsch in ihr, es anzunehmen. Das Gehalt, das für die Fürstin bot, erschien ihr sehr verlockend, und doch sonst stand alles sehr verheißungsvoll.

„So sagte sie, daß sie nicht abgeneigt sei, den Wunsch der Fürstin zu erfüllen, sofern ihr Vater nichts dagegen einzuwenden habe.“

„Ach Ihr Herr Vater hier?“ fragte die Fürstin lächelnd.

„Ja, Durchlaucht — dort sehe ich ihn gerade auf uns zukommen“, erwiderte die junge Dame ein wenig erregt.

„Ach, machen Sie mich mit ihm bekannt. Ich will Ihnen dann gleich selbst mein Anliegen vorbringen“, forderte die Fürstin sie auf.

Und Lottemarie stellte ihren Vater der Fürstin vor und diese ging sofort auf ihr Ziel los.

Major von Dornack, eine stattliche Persönlichkeit mit einem flugen Kopf, klaren, scharfen Augen und rubigen, bestimmten Weisen, war nicht so sehr erfreut von dem Gedanken, seine Tochter von sich gehen zu lassen, wenn er sich auch vernünftigerweise sagte, daß es gut für sie sei, selbstständig zu werden, und daß ihr hier ein besonderes günstiges Angebot gemacht würde.

Sie nimmermüde nach jedem Vergnügen, stets in Sorge und Aufregung, daß ihr etwas entgehen könnte. Bewundernswert war bei ihrem Alter und bei ihrer nicht mehr festen Gesundheit die Energie, mit der sie noch immer für ihren Lebenshunger Beiriedigung suchte.

Als sie nach einer wundervollen Mittelmütreise nach Ägypten gekommen waren, hatte sie zuerst in Kairo in einem ersten Hotel Wohnung genommen. Auch hier war sie, wie auf dem Schiffe, dank ihrer schönen Gesellschafterin, der Mittelpunkt des geselligen Treibens.

Dann machte man inmitten einer größeren Gesellschaft von Kairo aus einen Ausflug nach Helouan und man war entzückt von der Lage dieses Ortes und vor allen Dingen von Al-Hahat mit seinem glänzenden, eleganten Leben und Treiben.

Sofort erklärte die Fürstin, daß sie am nächsten Tage nach Al-Hahat überfiebeln wollte, und eine ganze Anzahl von Herrschaften aus ihrer Begleitung stolz sich diesem Verlangen an.

Die Fürstin belegte sofort eine Reihe Zimmer in Al-Hahat; es wurde ihr gleich eine der kleinen Villen einer geräumt, die in großer Anzahl zu Al-Hahat gehören. In dieser Hotelvilla lebte nun die Fürstin mit ihrer Begleitung bereits seit vierzehn Tagen.

Ohne gerade leidend zu sein, pflegte sie doch überall wo sie sich befand, tugendhaft zu leben, und gebrauchte auch in Helouan alle Bäder und Massagene. Das tat sie in der Hoffnung, daß eines dieser Bäder für sie ein Jungbrunnen sein möchte. Und wenn dann das erhoffte Wunder nicht eintraf und sie sich im Gegenteil, nur recht ermattet von allen Kurmittel-

Oberplanitz. (500 Mark gestohlen) wurden einem in der Oberstraße wohnhaften Einwohner aus einem Tischkasten heraus.

Werdau. (Auf Veranlassung der Militärbehörde wurden hier zwei Soldaten festgenommen und nach Zwickau gebracht, die einen in Werdau untergebrachten Truppenteile mehrere Pferde gestohlen haben, die nach Zwickau verkauft worden sein sollen.)

Planen. (Das Inf.-Regt. 134) hatte während des Weltkrieges folgende Verluste: In der Kriegsraumliste des Regiments sind insgesamt 366 Offiziere (Ärzte und Beamte), in den Kriegsstammrollen der 12 Infanterie, 2 Jäger-Gw., mit 1 Monat auf 1. Mai 1918 insgesamt 1499 Unteroffiziere und Mannschaften (einschl. Offiz.-Stellv.) eingetragen. Die erste Komp. steht mit 1209 Unteroffizieren und Mannschaften auch hier an der Spitze. Die Gesamtverluste betragen 10778 Männer, davon: Offiziere (einschl. Offiz.-Stellv.) 57 tot, 204 verwundet, 29 vermisst; Unteroffiziere und Mannschaften 1554 tot, 6962 verwundet, 1271 vermisst.

Werdau. (Ein Schadenreiter entstand Dienstag vormittag in einem größeren Reiserebetrieb am Brühl. Dort war in einem Lagergeschäft beim Überstecken eines Kessels mit einem Drahrt-Löffel Material in Brand geraten; wodurch sich das Feuer sehr schnell verbreitete und den Schnuppen verwüstete. Große Gefahr bestand für ein Wohnhaus am Brühl, an dessen Giebel bereits die Flammen schlugen.)

Waldenburg. (3 Schweine gestohlen wurden nachts aus dem Stalle des Gutsbesitzerin verw. Bauch in Ebersbach. 2 der Schweine sind den Dieben wieder entflohen. Das dritte hatten die Diebe in der Nähe des Gutes abgestochen. — (Eine dunkle Sache.) In dem sächsischen Teile des im Altenburgischen gelegenen Ortes Wickersdorf bei Waldenburg ist am Dienstag eine Frau ermordet aufgefunden worden, zu der ein Zettel mit der Aufschrift: „Aus Rache für Richter und Rosa Luxemburg“ beiligt war. Einzelheiten fehlen noch.)

Polnische Mordeaten

Berlin. 23. Januar. Die preußische Regierung hat folgendes Telegramm an den obersten polnischen Volksrat in Posen gerichtet: Das Generalkommando in Frankfurt a. d. Oder hat uns ein Telegramm des polnischen Volksrates betreffend Geiseln und Repressionspolizei übermittelt. Wir weisen den Vorwurf unmisslicher Behandlung seitens unserer Delegierten mit Entschieden zurück, erheben aber um Gegenwart löslichen Tatdienstmaterials gegen die polnischen Organe die schwere Auflage nicht nur unmisslicher Behandlung zahlreicher widerrechtlich Verhafteter, sondern sogar mehrfacher grausamer Mordeaten. Insbesondere liegen uns Nachrichten über die Ermordung des Gutsbesitzers von Hora und anderer Gutsbesitzer im Kreis Posen vor. Wir machen alle Beteiligten für widerrechtliche Gräueltaten, die deutsche Staatsangehörige an Leib, Leben oder Eigentum erleidet, persönlich haftbar. Da der Erwartung, daß dortseits gleichmäßige Verteilung wiedergewahrt wird, haben wir an unsere Legationsweisung ertheilt, daß eindeutig keine Geiseln mehr festgelegt werden und daß ein Verzeichnis sämtlicher bisher festgelegter Geiseln einzurichten sei. Wir sind zu Verhandlungen über beiderseitige Freilassung alter Geiseln bereit. Wir leben zunächst der Einreichung eines Verzeichnisses der von polnischer Seite festgelegten Geiseln entgegen. — (gez. Hirsh.)

„Wir wir zur Ermordung des Gutsbesitzers v. Hora und der sechs anderen Geiseln erfahren, hat man

fühlte, war sie zuweilen in der schlechtesten Stimmlage.

Lottmarie hatte das schon verschiedene Male erlebt und kannte diese bösen, sornigen Stunden ihrer Herrin. Sie war oft Zeuge, wie sie die triste Stimmung in der arbeitsleeren Art aufmachte. Mehr als einmal hatte sie gesehen, daß der Dienerschaft dann irgendein Gegenstand, von der Fürstin hand geschleuderter, an den Kopf fiel. Dabei gab es oft Scherben von sehr kostbaren Gegenständen. Und über die Lippen der Fürstin kamen dann äußerst temperamentvolle und gar nicht damenhafte Schimpfworte.

Aber seltsamerweise verschonte die Fürstin dabei stets ihre junge Gesellschaft, die sich nie über eine nicht tadelose Behandlung beklagen konnte. Es kam freilich vor, daß die alte Durchlaucht, von heiligem Reid erfüllt, deren Anblick nicht ertragen konnte. Dann verbannte sie diese unter irgendeinem Vorwand eine Weile von ihrem Angesicht, bis sie allen Groß wieder überwunden hatte. Gräßig und mißtröstig war sie auch zuweilen gegen Lottmarie, aber nicht ausfallend.

Und so hatte Lottmarie keine Ursache, sich zu beklagen. Sie dankte es der Fürstin, daß diese ihr Gelegenheit gab, die schöne Welt zu sehen und in den glänzenden vornehmsten Kreisen zu vertreiben, in denen ihr in viele Annehmlichkeiten geboten wurden.

Sie sagte sie zu sich selbst, daß sie durch dieses Leben sehr verwöhnt würde und daß es sie später, wenn die Fürstin starb oder sie aus ihren Diensten entließ, sehr schwer kommen würde, sich wieder in den Klauen, bescheidenen Verhältnissen daheim bei ihrem lieben, alten Papa zurückzufinden.

Aber solche Gedanken schob sie lächelnd mit dem

geschenkten deutschen Ostern gegenüber polnischen Freiheitskämpfern eine Justizkomödie für nötig gehalten, sondern sie ohne Urteil in bestialischer Weise ermordet und ihre Leichen grauenhaft verkümmert.“

Oberschlesische Landesverräte.

Breslau, 23. Januar. Am 13. Januar hat sich eine aus Beuthen und Umgebung kommende Deputation über Prag und Wien nach Paris begeben, um sich mit der französischen Regierung über die oberschlesischen Verhältnisse zu beschäftigen. Gleichzeitig mehrere sich die Fälle, in denen im großpolnischen Fahrradpassier liegende Geistliche ihre Gemeindemitglieder zum Landesverrat aufzustacheln versuchen. Damit ist erwiesen, daß auch in Oberschlesien die Anhänger der Osternnung Oberschlesiens vom Reiche vertriebenen, noch vor der Entscheidung durch den Friedensvertrag vollendete Tatsachen zu schaffen und vor Anschlägen auf die Sicherheit des Reiches nicht zu rücksichtigen.

Gegen die polnische Bank Kolonial in Oppeln hat, dem „Abend“ zufolge, der Staatsanwalt das Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet. Die Bank hatte für die polnische Nationalversammlung Gelder gesammelt.

Rosa Luxemburg lebt noch?

Obwohl auf die Aufzündung der Leiche Rosa Luxemburgs eine hohe Belohnung ausgesetzt ist und verschiedene Gewässer nach ihr abgesucht sind, scheint es fraglich, ob sie überhaupt tot ist und ob es tatsächlich ihr feindlich gesetzte Elemente waren, die die Gewalttötung — denn ihr Tod war durchaus nicht festgestellt — aus dem Auto gerissen und in den Kanal geworfen haben, oder ob nicht viel mehr ihre Freunde sich ihrer bemächtigten und sie lebend in sicherer Gewahrsam gebracht haben, wo sie jetzt um so sicherer ist, als die Leidenschaft durch die Nachsuchung nach ihrer Leiche von ihrer anderen Seite abgelenkt ist.

Zur Freigabe der Kriegsgefangenen.

Berlin, 23. Januar. Am Anschluß an den Briefwechsel zwischen dem Staatssekretär Erzberger und Marshall Foch regte, wie mitgeteilt wird, der deutsche Vorsitzende der Kommission für Kriegsgefangene in Spa Major Rap an, daß umgehende Vorbereitungen für die Heimförderung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen würden. Der Vertreter der Obersten Heeresleitung der Verbündeten lehnte das ab und erklärte, daß Marshall Foch nur die Weitergabe und Befürwortung der deutschen Bitte und möglichst rasche Rücksendung zugelassen habe. Die Entscheidung steht noch aus und sie läge bei den verbündeten Regierungen. Wie sie ausfallen werde, wäre niemand weiß. Auch der dann vorgetragte deutsche Vorschlag, wenigstens Listen über die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen anzuzeichnen und der deutschen Unterkommission zu überreichen, wurde von französischer Seite mit dem Hinweis abgelehnt, daß bis 1. März etwa 200.000 deutsche Kriegsgefangene in Nordfrankreich zusammengezogen seien würden um dort wieder alles aufzubauen, was die Deutschen zerstört hätten. Dadurch werde die Aufführung von Lagerlisten erschwert und die Angaben dieser Lagerlisten würden binnen kurzer Zeit nicht mehr zutreffend sein.

Eingesandt.

(Unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die preußische Notizen vom 2. Januar)

Kohlenfrage betr.

„Denken Sie 2 Mt. 30 Pg. kostet heute der Korb Kohlen“, sagte meine Nachbarin in größter Ausreg-

Drohung der Jugend wieder von sich. Und jedenfalls genoß sie alles Schöne, das ihr geboten wurde, mit großer Zubrunk und Dankbarkeit, und mit der ganzen Aufnahmefähigkeit elastischer Jugend.“

Um Lottmaries Schönheit ins rechte Licht rücken zu können und so ihre Anziehungskraft zu verstärken, hatte die Fürstin sich ausgemacht, daß sie die Toiletten, die Lottmarie in Ausübung ihrer Bildungen trug, selber bezahlen durfte.

„Sie müssen mir das schon erlauben, Fräulein Lottmarie. Ich will, daß Sie immer und überall so gekleidet sind, wie es einer Dame kommt, die immer in meiner Gesellschaft ist. Wenn Sie diese Toiletten bezahlen sollten, würde das Ihr Einkommen weit übersteigen. Es gehört also mit zu den Bildungen Ihrer Stellung bei mir, daß Ihnen diese Toiletten geliefert werden, so oft ich es für nötig halte. Ich werde Sie natürlich niemals zwingen, etwas zu tragen, was Ihnen mißfällt. Sie sollen ganz sicher Ihren eigenen, übrigens sehr guten und vornehmen Geschmack betätigen. Ich will nur bedenken, wann Sie sich neue Toiletten bestellen müssen, will die Kürma bestimmen, die Sie tragen, und will sie bezahlen. Also machen Sie kein unbehagliches Gesicht, es kann Sie in keiner Weise demütigen, daß ich Wehrangaben, die ich Ihnen auferlegen würde, selbst befreite.“

Auch heute waren die beiden Damen bald wieder von einer Schar von Herren umringt, unter die sich natürlich auch einige Damen mischten. Man tauschte die Erfahrungen des Tages aus, schlürzte durch die glänzenden, runden Strohhalme oder Glasröhrchen Erfrischungen und moaktierte sich über diese und jene missliebige Persönlichkeit.

ung zu mir, und diese Aufregung kannte ich wohl verstanden. 4 Mt. 60 Pg. der Rentner, gleich 2 Krone. Wir im Volk sind immer noch bei der alten Regel und rechnen den Koch. Also sage und schreibe 2 Mt. 30 Pg. solch ein Korb Kohlen, wo soll das hinführen? Früher zahlten wir 60 Pg. dafür, allerdings vor dem Krieg. Man ist ja gewöhnt, jetzt alles doppelt und dreifach zu bezahlen, aber daß uns hier im Kohlenbezirk solche Preise gestellt werden, geht über die Güschmir. Man hört manchmal sagen: Ach, in unserer Nachbarstadt oder Dorf sind sie billiger! Gewiß müssen wir dankbar sein, daß für uns Kohlen hier überhaupt noch zu erreichen sind; Großstädte und Ortschaften, welche nicht im Kohlenbezirk liegen, zahlen schließlich gern mehr dafür. Aber vom rechten Standpunkt ausgesehen, ist diese Preissteigerung von 3 Mt. 60 Pg. auf 4 Mt. 60 Pg. pro Rentner zu horren. Man muß die Armut bedenken, heißt sie euch, hungernd und frierend, vor Augen und all der, die vom Kriege Heimgeschafft, um vielfach Arbeitslosen, die einen eigenen Haushalt haben, ihnen ist es doch gar nicht möglich, solche Preise zu zahlen. Wo liegt die Schuld der übermäßigen Kohlenpreiserhöhung, an den immer höheren Forderungen der Bergarbeiter? Oder sind noch andere Faktoren vorhanden? Lasse sich da nicht ein Weg anbahnen, die vorgenannten Uebelstände etwas zu beseitigen? Wer kann Antwort geben? Ich spreche gewiß im Stande vieler.“

H. G.

Vermischtes.

† Was in Berlin alles passieren kann. Noch erschien in der Wohnung des Juweliers Gründer in der Gormannstraße, der mit etwa 30 Personen den Geburtstag seiner Tochter feierte, 3 Matrosen und 1 Feldgrauer und forderten die Gäste mit vorgehaltener Pistole auf, die Hände hoch zu heben, dann durchsuchten sie jeden einzelnen, nahmen ihnen das Geld, sowie die Papiere aus den Taschen und forderten Gründer auf, den Goldschrank zu öffnen, aus dem sie 300 Mark entnahmen, sowie die ganze Geburtstagsfeierlichkeit in ein Nebenzimmer geschickt. Während einer der Matrosen Gründer anforderte, sich anzukleiden und ihm nach dem Polizeipräsidium zu folgen, waren die Männer, um unbeküllt zu entkommen, auf dem Korridor der Wohnung eine Schublade. Die Türe, die sich entwickelten, veranlaßten die Gäste, aus dem Fenster zu springen, wobei eine Granate einen Bruch des linken Beins erlitt. Nun waren Gelde für den Räuber ungefähr 2000 Mt. in die Hände gefallen.

Ein neues Ruhmesblatt der Waffenstillstands-Kommission.

Wir lesen in der Deutschen Tageszeitung: Die ständige Freude über die „großen Erfolge“ der Waffenstillstands-Kommission in Trier dauert fort, Herrn Erzberger ist der Dank der Regierung ausgesprochen worden. Nicht könnte besser gelingen, wie dies mit allen anderen, auch das Selbstgefühl und das Gefühl berechtigter Ansprüche und das Interesse an der Sache in Deutschland gehalten ist, wenn es überhaupt einmal vorhanden war. Das Nachgehen der Franzosen in einigen Fragen, so in ihren Forderungen und Widerständen, beweist nach dem Bilde der De-hardlinnen hier, daß es sich nicht um be-

Einige der Herren waren am Vormittag in Ratis gewesen, und ein hyperlegant schlanker Mann in der Mitte der Bierzig, ein Baron Liebenau, sagte zur Fürstin:

„Du Kairo habe ich heute auch Seine Durchlaucht, Einen Egon Ranzow gesehen, Durchlaucht.“

Die Fürstin richtete sich überrascht auf.

„Meinen Neffen? Er ist in Kairo?“

„So ist es, Durchlaucht.“

„Er treibt sich doch auch überall herum. Haben Sie ihn gesprochen, Baron?“

„Nein, Durchlaucht. Ich sah ihn nur von weitem und in Begleitung eines jungen Herrn, den ich nicht kannte.“

„Das ist sehr gut. Wenn Sie ihn gebracht hätten, dann hätten Sie ihm sicher vertraut, daß ich hier in Holzhausen bin, und dann wäre er bestimmt nicht hergekommen. So aber ist es doch wahrscheinlich, daß er einen Ausflug hierher macht, wenn er nicht gar länger Aufenthalt nimmt.“

„Meinen Durchlaucht nicht, daß er erst recht hierher kommen würde, wenn er ahnte, daß Sie hier wüssten?“

„O nein, Baron, wir sind Antipoden, mein Neffe und ich. Wir schätzen uns sehr, und ich für meinen Teil genieße keine Gesellschaft sehr gern. Aber er liebt mich nur aus respektvoller Entfernung. Und das nehme ich ihm auch nicht übel. Was kann ich alte Frau ihm fein? Ist er in meiner Gesellschaft, ja muss er tausend Rücksichten auf mich nehmen, und die Ranzows sind kein sehr rücksichtsvolles Geschlecht. Ich bin ja auch eine echte Ranzow, und habe in meiner Jugend ebenso wenig Rücksicht auf das Alter genommen.“

londre Stiftigkeit und Herrn Erzberger ge-
handelt hat, sondern daß die französische Forderung
nach Menge des Gelödeten und Termix der Üb-
lieferung ganz willkürlich geprägt worden war. Auf
die deutschen Vorstellungen hielt es französisches:
„Nun gut, also weniger, also an einem anderen Ter-
min! Wir verhindern aus dieser Nachfrage nicht nur
zu ermessen, wie viel die deutsche Kommission von
Ausfang an hätte erreichen können, wenn sie geeignet
zusammengesetzt worden wäre und von vornherein
eine ganz andere Energie, Fröhlichkeit und Sachinteresse
gezeigt hätte, als es der Fall gewesen ist.“

Was außerdem ist die Rechtfertigung der Kommission
gegenüber der vertragswidrigen deutschen Forderung:
die noch im Bau befindlichen deutschen Unterseeboote
seien auszuliefern. Die Kommission hatte hierauf eine
Protestnote eingereicht. Die Sache kam in Trier zur
Sprache. Nach dem vorliegenden Berichte entstand
sich ein „Wortwechsel“ zwischen Admiral Browning
und dem Marinemagier Kapitän Vanselow. Die
Unterhaltung endete mit der Frage Vanselows:
„Dann soll also Deutschland während des Waffen-
stillstandes für England Unterkroote haben?“ Der
britische Admiral antwortete: „Exactly!“ Genau so
ist es! Vanselow hat darauf keine Antwort gehabt!

Diese vertragswidrige, erniedrigende und unglaubliche
Forderung ist von der deutschen Kommission
angenommen worden. In dieser beschämenden Tat-
sache, die das Deutsche Reich und Volk noch mehr
zum Gegenstand der Verachtung und des Schmachts
machen wird, wird nichts durch die Aufrechterhaltung
des Protestes geändert. Die Kommission hat laut
Unterzeichnung des Gesamtvertrages keinen wesentlichen
Untschluss daran genommen, ja überhaupt die Verpflich-
tung übernommen, daß die deutschen Werften während
der Waffenstillstandsdauer Unterseeboote für Groß-
britannien bauen.

Eigentlich erscheint aus dieser Vorgang nur durch
die weitere Annahme, daß die Regierung diesem
Punkte mit volliger Gleichgültigkeit gegenübersteht.
Wahrscheinlich haben die Feinde auch aus den Trier-
Berliner Verhandlungen, die sie abschauten, diesen
Eindruck gewonnen und deshalb die gute Gelegen-
heit, die Deutschen noch mehr zu erniedrigen, mit
Hilfe der deutschen Regierung und der Kommission
benutzt. Die Bemerkung im Kommissionsbericht ist
eine leere, irreführende Phrase; die englische For-
derung begründet sich in der Furcht der Verbündeten,
der Unterseebootenkrieg könnte wieder ausbrechen. Die
Marine wird anschließend immer reicher, von Herrn
Perkins übernommen zu werden, wozu, auch in bei-
nabe oder vielleicht maßgebenden Kreisen ernste
Neigung bestehen soll.

Die Sozialisierungsbemühungen im Ruhrrevier.

In der Konferenz der U. und S.-Räte des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks in Essen, in der die Regierungsvertreter Unterstaatssekretär Giesbertz und Professor Willbrandt zugegen waren, wurde folgende Einigungshaltung angenommen: „Die Konferenz hält fest an dem Sozialisierungsbeschluß der Konferenz vom 18. Januar 1919. Die vor der Konferenz der U. und S.-Räte des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks am 18. Januar 1919 aufgestellte Vorschlag der drei sozialdemokratischen Parteien eingeschlossene Neuverkommission bleibt bestehen, die von der Regierung eingesetzten Kommissare, ein Reichs- und ein Staatskommissar, arbeiten in Nebeneinstim-
mung mit der Kommission, Regierungskommissare und Neuverkommission bilden den Zentralkörper für die Sozialisierung. Von diesem Zentralkörper sind un-
verzüglich Maßnahmen für die Kontrolle der Berg-
werke und der Betriebsgesellschaften für Bergwerks-
produkte einzuschaffen, desgleichen für Regelung der
Tariffragen, die Röverschaft hat das Recht und die
Pflicht, nach Bedarf sachverständige Mitarbeiter aus
den verschiedenen Gebieten herauszuholen. Als sach-
verständlicher und juristischer Rat für den eingeschaf-
fenen Unterstaat beim Kohlenhydrat wird Land-
richter Huber-Essen vorgeschlagen. Das in der Kon-
ferenz am 18. Januar beschlossene Röversystem bleibt
als Grundlage der Sozialisierung bestehen. Die

Wahlen sind, soweit sie nicht bereits stattgefunden
haben, auf Grund des dort beschlossenen Wahlver-
fahrens fortzusetzen, sie müssen bis zum 1. Februar
1919 abgeschlossen sein, sämtliche anwesenden U. und
S.-Räte verpflichten sich durch ihre Vertreter, jeden
Widerstand gegen die Wahlen wie gegen die So-
zialisierung überhaupt mit allen Kräften entgegenzu-
treten. Auf dem Boden des in dieser Resolution
ausgeschlossenen Ultionsprogramms glauben alle drei so-
zialdemokratischen Parteien gemeinsam arbeiten zu
können. Die U. und S.-Räte verpflichten sich zur
unbedingten Aufrechterhaltung der Ruhr, wenn die
Sozialisierung durchgeführt und nicht durch Entstal-
zung von Truppen gestört wird.“

Sozialisierungsmassnahmen im Bezirk Merseburg.

Der aus unabhängigen Sozialdemokraten bestehende
Arbeiterrat in dem Regierungsbezirk Merseburg teilt
mit, daß der sämtliche Bergbaubetrieb für Kohle, Salz
und Kupfer der Bezirke Halle, Zeitz, Weissenfels
Raumberg, Mansfeld und Bitterfeld zum Zweck
schleunigster Sozialisierung unter seine Kontrolle ge-
kommen ist, ebenso das Hallese Oberbergamt.
Einheitlicher Widerstand gegen die Vergleichsfeststellung
der Bergbaubetriebe soll durch Generalstreik gebrochen
werden.

Bankhaus Bayer & Heinze,

Lichtenstein-Callenberg,

Badergasse 6.

Hauptgeschäft Chemnitz.

Schwesterfiliale Burgstädt
empfehlen

mündelmäßige Anlagewerke.

Die polnischen Wünsche.

Zürich, 22. Januar. Wie der Pariser Korre-
spondent der „N. Zür. Zeit.“ berichtet, hat das pol-
nische Nationalkomitee in Paris eine Karte über die
Abgrenzung des wiederherzustellenden Polens vorge-
legt, wonach das Territorium Polens 450 000 Quadrat-
kilometer und 38 Millionen Einwohner umfassen
würde. Ein Teil des historischen Polens soll Litauen
überlassen werden, falls dieses selbstständig wird.
Polen beansprucht für sich Wilno, Grodno und
Minsk, von wo die Grenze östlich von Kiew laufen
wird. Polen und Podolien sollen mit der
Ukraine vereinigt werden. Die Ruthener sollen Polen
einerlei werden, jedoch mit der Gewährung des
Rechts der sprachlichen Minoritäten im östlichen Ge-
biet. Die Provinz Lissa soll mit Zustimmung
der Tschechen an Polen fallen. Deutschland müsse
Oberschlesien mit Oppeln und auch der Provinz
Posen, Danzig, Allenstein und das litauische Masurien
abtreten. Königsberg soll eine deutsche Exklave
werden oder eine unabhängige Republik bilden, die
politisch mit Polen verbunden ist. Der Rest von
Ostpreußen soll Litauen zugesprochen werden. Oste-
land könnte sich sowohl mit Polen als mit Litauen
vereinigen, wenn es nicht mehr Preußen angeführt
wird. Die italienischen Blätter berichten, General Pils-
udski werde nun endgültig das Oberhaupt des pol-
nischen Staates. Die nun unmittelbar bevorstehende
Überführung der zwei polnischen Divisionen nach
Danzig werde mit englischen Schiffen bewerkstelligt
werden.

Holländisches Urteil über Poincarés Rede.

Amsterdam, 22. Januar. Rienke van den
Dag schreibt zu den Söhnen in Potsdam & Co. die
dieser das politische Teilstück, womit die deutsche
Regierung zu Beginn des Krieges die Neutralität
Englands zu erlauben versucht habe, schändlich nennt:
„Aber auch hier scheint der Satz zu gelten, wenn zwei
dasselbe tun, so ist das nicht dasselbe. Italien ist

selben Bundesgenossen im Jahre 1914 nicht be-
spürt. Dazu hatte es vertragsmäßig das Recht.
Es hat sich aber nach einem Jahre gegen seinen
alten Bundesgenossen gehobt. Es ist selbstverständlich,
daß es dafür von Potsdam gelobt wird, der ja den
großen Kampf auf die kürzeste einfache Formel des
Kampfs Recht gegen Utrecht zurückführt. Auch
Kundaten erhält Lob, und Japan habe ausschließlich
aus Ehre zu Großbritannien, seinem großen Bundes-
genossen, zu den Waffen geschriften. So der Präsident
der französischen Republik. Es ist möglich, daß
Ulysses George der an Potsdam linker Seite saß,
doch dabei auf d' Sylphen geschriften hat. Er hat nämlich
Humor. Als der Präsident über Haiti, Honduras und
Paraguay sprachend ansprach: Was soll ich über
die vielen amerikanischen Staaten sagen? In der Tat
würde es nicht leicht gewesen sein, von allen diesen
amerikanischen Staaten festzuhalten, unter welchen
Umständen und aus welchen Beweggründen heraus
sie beschlossen, dem bedrohten Rechte zu Hilfe zu
kommen.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Vor dem 22. Januar. Das Deutsche Bureau
melbt, daß in zwei bis drei Wochen deutsche Handels-
schiffe unter Kontrolle der Verbündeten wieder auf
See fahren werden, hauptsächlich um den früheren
Händler der Verbündeten Lebensmittel einzuführen.
Es sei sowohl im Interesse der Menschlichkeit als auch
der öffentlichen Ordnung, daß bestimmte befreite
Gebiete und den feindlichen Ländern baldigst Hilfe
gebracht werde. Die vom Obersten Kriegsrat er-
kannte Lebensmittel- und Schiffahrtskommission hat
sich vor kurzem nach Trier begeben, wo sie mit der
deutschen Abordnung, bei der sich auch Regierungs-
beamte und Vertreter der Schiffahrt befanden, zu-
sammengetreten ist. Wegen des nichtgeordneten
Zustandes in Deutschland seien die Delegierten der
Verbündeten im Zweifel gewesen, ob irgendwelche
Autorität vorhanden sei, um ein Vereinkommen ver-
bindlich abzuschließen. Über die deutschen Delegierten
hätten beweiskräftig dargelegt, daß sie in der Lage
seien, bindende Verpflichtungen einzugehen. Es sei
beabsichtigt, daß Deutschland eine wesentliche Menge
Lebensmittel, insbesondere Fleisch, Fett und konzen-
trierte Milch kaufen und einzuführen darf. Die Kon-
ferenz in Trier sei als die erste Gelegenheit, bei der
britische und deutsche Zivilisten seit Kriegsbeginn die
Verhandlungen traten, bemerkenswert gewesen.

Das Ergebnis der Nationalwahlen.

Berlin, 22. Januar. (Nachrichtlich.) Das
Ergebnis aus den Wahlen zur deutschen National-
versammlung nach nichtamtlichen Meldungen stellt
sich folgendermaßen: In den 37 Wahlkreisen mit
421 Abgeordneten in daher erhalten:

Deutsch-nationale Volkspartei	34.
Christliche Volkspartei	88.
Deutsche Volkspartei	23.
Deutsche demokratische Partei	77.
Sozialdemokratische Partei	164.
Unabhängige sozialdemokratische Partei	24.
Ferner sind 11 fraktionlose gewählt, die sich zusammensetzen aus:	
4 Wölfe (3 in Hannover, 1 in Stadt).	
1 Bauern- u. Landarbeiter-Demokrat in Schleswig- Holstein,	
4 böhmisches Bauernbündlers,	
2 Vertretern des württembergischen Bauern- und Bürgerbundes.	

Das Reichsamt des Innern beabsichtigt, über die
Wahlergebnisse am Vormittag des 22. Januar im
Reichstag eine amtliche Zusammenstellung heranzu-
bringen, ist aber infolge des Streiks der Arbeiter-
schaft in den Berliner Elektro- und Eisenwerken hierzu nicht
in der Lage, da die Diensträume ohne Licht sind.
Wann die Zusammenstellung bekanntgegeben werden
kann, ist zurzeit nicht mit Bestimmtheit zu sagen.

Kirchliche Vereinsnachrichten für Lichtenstein-
Blankenau: Heute Donnerstag abend 8-1/2 Uhr Bibel-
stunde: Jakobus III „Bon Jungen und vom wirklichen
Fortschritt.“

20 Mark Belohnung,

wer mit denjenigen namhaft machen kann, der am
Dienstag, den 21. Januar halb 6 Uhr abends auf
Röderitzer Hof (in der Nähe des Sieboldschen
Hofes) unberechtigt die [redacted] Jagd aus-
geübt hat. Obige Belohnung sichere ich auch demjenigen
zu, der mir für die Zukunft irgendwelche Jagd-
freveln zur Anzeige bringt.

Max Süß, Jagdpächter.

Für die uns zu unserer SILBER-HOCHZEIT in so reichem
Maße dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir
hierdurch unseren

herzlichsten Dank.

Lichtenstein, am 23. Januar 1919.

Friedrich Hermann Bretschneider und Frau
Ida geb. Behrle.

2 P. S. Motor
wird zu kaufen geachtet.
Hohndorf, Hauptstraße 28.

Berlanje:
Küchenschrank, neu,
mit Linoleum.
Hohndorf, Röderbergerstraße 2.

Eine
3=Geige
zu kaufen geachtet.
Hohndorf, Hauptstraße 17.

Familien-
Anzeigen
finden im
Lichtenstein-C.
Tageblatt
weitgehendste
Verbreitung.

Mehrere Stämme schöne
Grenzungs- u. Raßföhner
verkauf
Heinze, St. Egidien Nr. 30.

Schöne
Erkerwohnung
mit kleinem Balkon sofort
oder 1. April umständshalber
an ruhige Leute zu vermieten.
Wilhelm Ebert-Str. 5 b.

Druck und Verlag vom Otto Logi und Wilhelm Wester, für den gesamten Inhalt verantwortlich Wilhelm Wester in Lichtenstein.